

**Erika Coché, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion,
Angelika Esch, Stadtverordnete, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft
sozialdemokratischer Frauen (AsF)**

Sehr geehrte Damen und Herren,
Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie um die Zusendung gebeten haben oder weil wir annehmen, dass Sie an den Informationen interessiert sind. Sollten Sie in Zukunft keinen Newsletter mehr erhalten wollen, so teilen Sie uns dies bitte kurz mit. Wir werden Sie sofort aus dem Verteiler streichen. Wenn Sie weitere Interessent/inn/en für den Newsletter haben, freuen wir uns ebenfalls über eine Nachricht.

Inhalt

- 1. Junge Frauen in Berufe mit Zukunft**
- 2. Aufsichtsräte modernisieren - Geschlechtergerechtigkeit in Aufsichtsräten verwirklichen**
- 3. Internationaler Frauentag 2007: Frauen verdienen mehr**
- 4. „Bremer Entwurf“ für ein neues Grundsatzprogramm der SPD**
- 5. Bessere Kinderbetreuung für echte Wahlfreiheit**
- 6. Frauen sind unverzichtbar für den Fortschritt**
- 7. Termine**

1. Junge Frauen in Berufe mit Zukunft

Mit dieser Überschrift hat die SPD-Landtagsfraktion am 27. Februar 2007 einen Antrag verabschiedet, mit dem die Landesregierung aufgefordert wird, ein umfassendes Handlungskonzept vorzulegen, um Mädchen und jungen Frauen die Wahl von Berufen zu erleichtern, die aus unserer Sicht fälschlicherweise auch heute noch unwidersprochen als Männerdomänen gelten. Mehr als die Hälfte der jungen Frauen, die eine betriebliche Berufsausbildung aufnehmen, sind in nur 10 von insgesamt rd. 350 Ausbildungsberufen anzutreffen. Dazu gehören Berufe wie Arzt- und Zahnarthelferin, Friseurin und Bürokauffrau. Technische oder gewerbliche Berufe sind dagegen kaum vertreten. Das Berufsspektrum junger Migrantinnen ist noch eingeschränkter. Über die Hälfte dieser Frauen ergreifen vier Ausbildungsberufe. Die Ursachen für ein frauentypisches Berufswahlverhalten liegen oftmals schon in der frühkindlichen Erziehung. Tradiertes Rollenverhalten im Elternhaus, und eine vermeintlich geschlechtsspezifische Förderung in den Kindertagesstätten und Kindergärten findet ihre Fortsetzung in den Angeboten in Schulen und den öffentlichen und privaten Freizeiteinrichtungen. Unser Ziel ist es dabei natürlich nicht, Mädchen und jungen Frauen entgegen ihren persönlichen Neigungen und Fähigkeiten Berufe anzudienen, in denen sie dann hinterher keine Freude entwickeln und auch keinen Erfolg haben. Es gilt aber, an dieser Stelle nicht die Ursache mit der Wirkung zu verwechseln. Nur wer ohne Einwirkung von Klischees und ohne gezielte Steuerung Interesse für eine Vielzahl von verschiedenen Berufsbildern in allen Bereichen von Handel, Handwerk und Wirtschaft entwickeln konnte, ist letztendlich wirklich frei in seiner Berufswahl. Um den Zugang von Frauen in zukunftsfähige Berufe weiter zu verbessern, muss daher kurzfristig ein Handlungsprogramm "Junge Frauen in Berufe mit Zukunft" vorgelegt werden. Das Programm muss die vielfältigen erfolgversprechenden Ansätze zur stärkeren Öffnung zukunftsfähiger Berufe für Frauen fortführen und die vorhandenen Förderprogramme und Initiativen im

Schul-, Jugendhilfe-, Ausbildungs- und Hochschulbereich nach den Grundsätzen des Gender Mainstreaming und des Gender Budgeting auf ihre Geschlechtergerechtigkeit überprüfen. Über die Teilhabe von Frauen an den o.g. Förderprogrammen und Initiativen soll jährlich berichtet werden.

Weitere Informationen unter:

<http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD14-3836.pdf>

2. Aufsichtsräte modernisieren - Geschlechtergerechtigkeit in Aufsichtsräten verwirklichen

Die Hans-Böckler-Stiftung hat in einer Studie ermittelt, dass der Frauenanteil in den Aufsichtsräten der insgesamt 80 DAX und MDAX-Unternehmen bei gerade 11 % liegt. Besonders bedenklich stimmt, dass von der Kapitalseite gerade einmal 3 % der Aufsichtsratsmandate mit Frauen besetzt werden. Die Arbeitnehmerseite entsendet dem entgegen Frauen auf 20 % der von ihr zu besetzenden Aufsichtsratsmandate. Damit kommen von insgesamt 129 weiblichen Aufsichtsräten 110 von Arbeitnehmer- und 19 von der Unternehmerseite. Die Zahlen verdeutlichen, dass Frauen der Zugang zu einflussreichen Positionen in Aufsichtsräten verwehrt bleibt. Darüber hinaus wird deutlich, dass die Mitbestimmung des geltenden Mitbestimmungsgesetzes dafür Sorge trägt, dass Frauen in Aufsichtsräten nicht vollkommen marginalisiert werden. Die Studie zeigt über dies, dass insbesondere im industriellen Bereich, Frauen in Aufsichtsräten kaum berücksichtigt werden, während in vordergründig weiblichen Domänen des "Lifestyle"-Sektors Frauen stärker vertreten sind. Zudem zeigt eine Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung aus der zweiten Jahreshälfte 2006, dass Frauen auch in Vorständen ungenügend repräsentiert sind. Ziel des Antrags ist es, in den Mentoring-Programmen auch die Übernahme eines Aufsichtsratsmandats in den Focus zu nehmen. Mit der Landesinitiative "Chancengleichheit im Beruf" sollen geeignete Maßnahmen zur Steigerung des Frauenanteils in börsennotierten Unternehmen initiiert werden. Zusätzlich soll auf Bundesebene für einen Corporate Government Codex geworben werden, der auf eine Selbstverpflichtung der Unternehmen abzielt, beide Geschlechter mit jeweils mindestens 40 % an der Besetzung der Aufsichtsratsmandate zu beteiligen. Auch im Bereich der Vorstände streben wir – je nach Größe des Gremiums eine Quote zwischen 25 und 50% an. Zudem streben wir den Aufbau eines Zentrums an, das zum Ziel hat, dass sich die gesellschaftliche Vielfalt auch in den Führungsebenen deutscher Unternehmen abbildet. Dort sollen unter anderem Studien zur Diversität in Führungspositionen erstellt, Unternehmen im Findungsprozess für weibliche Aufsichtsräte unterstützt sowie eine Datenbank von qualifizierten und kompetenten Frauen, die Positionen in Aufsichtsräten übernehmen wollen und können, aufgebaut werden. Sollten die Unternehmen eine 40 %-Beteiligung über die Selbstverpflichtung bis 2012 nicht erfüllt haben, treten wir für eine rechtlich verbindliche 40 %-Beteiligung von Frauen und Männern in Aufsichtsratsgremien börsennotierter Unternehmen ein.

3. Internationaler Frauentag 2007: Frauen verdienen mehr

Anlässlich des Internationalen Frauentages am 8.März 2007 erklärt die Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) und stellvertretende SPD-Parteivorsitzende, Elke Ferner, MdB:

„Frauen verdienen mehr“, das bekräftigen die SPD-Frauen und fordern einen Mindestlohn als einen Ausweg aus der Armutsfalle.

Noch immer bleibt vielen Frauen ein Einkommen vorenthalten, das ihnen eine eigenständige Existenz durch ihre Arbeit sichert. In nahezu allen Berufszweigen besteht eine deutliche Lohndifferenz zwischen den Einkommen von Frauen und Männern. Ausbildungsberufe, die besonders häufig von Frauen gewählt werden, stehen an der Spitze,

wenn es um Niedriglöhne geht. Viele Frauen arbeiten Teilzeit oder in geringfügiger Beschäftigung (Mini- und Midijobs). Sie können von ihrer Berufstätigkeit nicht leben, geschweige denn finanziell vorsorgen. Im Niedriglohnsektor arbeiten überwiegend Frauen. Niedriglöhne sind nicht nur ein Problem von Ungelernten, viele auch gut Qualifizierte bleiben auf Dauer im Niedriglohnbereich beschäftigt. Vollzeitbeschäftigte Frauen sind doppelt so häufig von niedrigen Löhnen betroffen wie vollzeitbeschäftigte Männer.

Weitere Informationen unter:

<http://www.asf.de/servlet/PB/menu/1706384/index.html>

4. "Bremer Entwurf" für ein neues Grundsatzprogramm der SPD

Zu Beginn des Jahres 2007 legt der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands anlässlich seiner Klausurtagung am 6. und 7. Januar in Bremen den "Bremer Programmwurf" vor. Der vorliegende Entwurf wird abschließend auf dem Bundesparteitag der SPD in Hamburg vom 26. bis 28. Oktober 2007 beraten.

Die ASF hat auf ihrer Bundeskonferenz vom 22. bis 24. September 2006 ihre Anforderungen an ein neues SPD-Grundsatzprogramm aus frauenpolitischer Sicht formuliert. Auf Grundlage dieser Positionsbeschreibung wird sie sich auch an der weiteren Programmdebatte beteiligen.

Weitere Informationen unter:

<http://www.asf.de/servlet/PB/menu/1701680/index.html>

5. Bessere Kinderbetreuung für echte Wahlfreiheit

Der SPD-Vorsitzende Kurt Beck, der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Peter Struck, die stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Peer Steinbrück und Bärbel Dieckmann und die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Nicolette Kressl, haben in Berlin das [Konzept der SPD für die Umsetzung eines Rechtsanspruches auch für Kinder unter drei Jahren](#) vorgestellt. Zusätzlich soll die Kinderbetreuung schrittweise beitragsfrei gestellt und deren Qualität gesteigert werden.

Aufbauend auf die Maßnahmen, die von der SPD bereits seit 1998 umgesetzt wurden, wie das Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG), dem Ganztagschulprogramm und zuletzt in der großen Koalition dem Elterngeld soll die Kinderbetreuung quantitativ und qualitativ deutlich ausgebaut werden. Ziel sei es, Bildungschancen zu erhöhen, die Integration von Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund zu verbessern, die Vereinbarkeit von Kind und Beruf zu gewährleisten und Kinderarmut zu vermeiden, betonte Beck. "Wir machen Angebote. Wir wollen keine Vorgaben, wie Eltern ihre Kinder Erziehen", bekräftigte der SPD-Vorsitzende.

Weitere Informationen unter:

<http://www.spd.de/menu/1705507/>

6. Frauen sind unverzichtbar für den Fortschritt

Anlässlich des Weltfrauentages am 8. März rief die Deutsche Welthungerhilfe mit Sitz in Bonn dazu auf, Frauen ganz besonders in Entwicklungsländern in allen Bereichen nachdrücklich zu stärken. "Es geht nicht nur um Bildung, sondern auch um Landrechte, den Zugang zu Krediten und die Beteiligung bei der Lösung von Konflikten. Frauen sind unverzichtbar für Entwicklung und Fortschritt", betont die Vorsitzende der Deutschen

Welthungerhilfe, Ingeborg Schäuble. "Die Lage in den Entwicklungsländern kann langfristig nur verbessert werden, wenn die Frauen dort stärker gefördert werden".

7. Termine:

The Take

17. April, 19 Uhr

Kino in der Brotfabrik, Kreuzstr.16, 53225 Bonn

"Kino zum G8-Gipfel", Dokumentarfilm mit anschließender Diskussion

Infos: Gerechtigkeit jetzt! , Tel.: 3 68 10 10

zur Homepage von Weltweit Taube Ohren:

www.weltweit-taube-ohren.de/

weitere Informationen:

<http://www.eine-welt-netz-nrw.de/veranstaltungen/index.php?art=veranstalter&wert=Aktion:%20WTO%20-%20Weltweit%20Taube%20Ohren>

Impressum: Der "newsletter frauen" wird herausgegeben von den Stadtverordneten Angelika Esch und Erika Coché, SPD-Fraktion, Markt 2, 53111, Bonn, Tel.: 775101,

Internet: www.spd-bonn-im-rat.de e-mail: spd.ratsfraktion@bonn.de
